

Empowerment und politische Bildung

Ein Überblick



**Vielfalt
gestalten**

Fachforen Politische Bildung
und Demokratieförderung

Transferstelle
politische
Bildung



Einleitung

Der Begriff „Empowerment“ spielt eine zentrale Rolle in Programmen zur Förderung von Demokratie und Teilhabe. Seine Begriffsgeschichten sind im Plural zu denken und je nach fachlicher Ableitung unterschiedlich; sie lassen sich vor allem der Sozialen Arbeit sowie aktivistischen Bewegungen zuordnen. Für die politische Bildungsarbeit ist er relevant, weil er Schnittstellen zu theoretischen, konzeptionellen und praktischen Fragen aufweist sowie in verschiedenen Praxisfeldern politischer Bildung – gegebenenfalls je unterschiedlich – verwendet wird.

Subjektorientierung, das Ziel politischer Teilhabe und die Relevanz von Emotionen verbinden die Ansätze, während Wertebезüge und der Umgang mit offenen versus geschlossenen Räumen sowie das Verhältnis von Bildung zu verschiedenen Formen von Empowerment-Arbeit, neben Beratung und Hilfe vor allem Aktivismus, Differenzpunkte darstellen.

Das Verhältnis von politischer Bildung und Empowerment ist fachlich klärungsbedürftig. An welchen Stellen entsprechen sich die Ansätze und an welchen Stellen unterscheiden sie sich und wie? Politische Bildung steht vor der Herausforderung, „Empowerment“ als Motiv für politische Bildung, als politischen Bildungsprozess und als dessen Ziel kritisch zu reflektieren und unter Umständen eine eigene Position dazu zu entwickeln. Im besten Fall können die unterschiedlichen Praxisfelder der politischen Bildung, der Sozialen Arbeit und des zivilgesellschaftlichen Engagements voneinander lernen und ihre Empowerment-Ansätze weiterentwickeln, sodass sie die Selbstermächtigung und politische Handlungskompetenz von Individuen und Gruppen – jeweils unterschiedlich – unterstützen oder fördern.

Das vorliegende Papier verfolgt das Ziel, einen Überblick über den aktuellen Diskussionsstand zu geben. Es soll dazu beitragen, Interessierte an das Thema heranzuführen und ggf. Impulse für Praxis, Forschung und Theorie zu geben.

Grundlage für diesen Überblick sind, neben einer systematischen Analyse einschlägiger Literatur, zwei Fachforen, die im Oktober 2023 und im Januar 2024 von der Transferstelle politische Bildung mit Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis durchgeführt wurden. Ihre Diskussionsbeiträge wurden für diesen Text genutzt, um zentrale Aspekte der Debatte zu identifizieren und einzuordnen sowie zusätzliche, wissenschaftlich gestützte oder erfahrungsgebundene Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Ziel des Papiers ist es, sowohl die Kernpunkte als auch die Bandbreite der Debatten herauszustellen. Es erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, möchte aber Anregungen bieten, um sich weiter mit dem Thema zu beschäftigen.

Am Ende des Textes findet sich die zitierte Literatur. Eine erweiterte Literaturliste zum Thema kann gesondert heruntergeladen werden:

<https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten>

Das Papier gliedert sich wie folgt:

- Begriffsklärung: Was bedeutet „Empowerment“?
- Empowerment und politische Bildung
- Drei Schnittstellen
- Drei Differenzpunkte
- Ausblick: Gemeinsam weiterdenken – Empowerment und politische Bildung verbinden

Begriffsklärung: Was bedeutet „Empowerment“?

Empowerment wird häufig als „Selbstbemächtigung“ oder auch „Selbstkompetenz“ ins Deutsche übersetzt. Gemeint ist, dass sich Menschen oder Gruppen selbst stärken oder gestärkt werden. Sie versetzen sich selbst in die Lage – oder werden dabei unterstützt – sich für ihre Rechte einzusetzen, ihre Anliegen sichtbar zu machen und Teilhabe in der Gesellschaft einzufordern. Es geht also um Selbstbestimmung, Selbstorganisation, Selbstbefreiung und gemeinsames politisches Handeln (siehe Lindmeier/Meyer 2021: o.S.). Empowerment richtet sich gegen bestehende Machtverhältnisse und will dazu beitragen, diese zu verändern (siehe Chehata/Jagusch 2020: 214 und vgl. Transfer für Bildung e.v. o.J.).

Der Begriff wird historisch den afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegungen der 1950er-Jahre in den USA sowie der Frauenbewegung der 1970er-Jahre zugeordnet. Lindmeier/Meyer ziehen eine Linie von den „sozialen Bewegungen der 1960er- und 1970er-Jahre, wie die Bürgerrechts- oder Frauenbewegungen, [...] Selbsthilfebewegungen bzw. -vereine von behinderten Menschen [...] ebenfalls in den 1960er-Jahren, in den USA die Independent-living-Bewegung von Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung, in Deutschland in den 1970er-Jahren die deutsche Selbstbestimmt-Leben-Bewegung und in den 2000er-Jahren der Verein Mensch zuerst – Netzwerk People First Deutschland e.V. von und für Menschen mit Lernschwierigkeiten“ (Lindmeier/Meyer 2021: o.S.). „Aus diesen politischen Initiativen betroffener Menschen heraus hat der Begriff des Empowerments dann in den 1990er-Jahren Eingang in die Pädagogik gefunden“ (ebd.).

Je nach Begriffsverortung werden unterschiedliche, teilweise unvereinbare Konzepte mit dem Begriff benannt.

Aus der Perspektive des Aktivismus gilt Empowerment als eine Form selbstorganisierten politischen Widerstands, vor allem gegen Rassismus und Abwertung – und zugleich als emanzipatorische Handlungsperspektive (siehe Chehata/Jagusch 2020: 10). In Deutschland vertreten diese Sichtweise besonders Organisationen von Personen, die in vielen Bereichen benachteiligt oder wenig repräsentiert sind. Dazu gehören z.B. Menschen mit Migrationsgeschichte, Geflüchtete, Schwarze Menschen und People of Color, LSBTIQ*-Personen, religiöse Minderheiten sowie Menschen mit Behinderung(en). Diese Gruppen organisieren sich, um ihre Anliegen sichtbar zu machen und strukturelle Ungleichheiten zu überwinden. Dabei steht nicht nur die Forderung nach Mitbestimmung im Vordergrund, sondern auch das Streben nach Gerechtigkeit – zum Beispiel durch die Auseinandersetzung mit vergangenem Unrecht oder struktureller Diskriminierung. Gemeinsam ist vielen Empowerment-Initiativen die Haltung, dass Empowerment nicht „von außen“ geschenkt werden kann. Vielmehr geht es um einen individuellen und kollektiven Prozess, der aus den Gruppen heraus selbst entwickelt wird.

Eine andere Blickrichtung und ein erweitertes Verständnis des Begriffs entstammen der Sozialen Arbeit. Hier gilt Empowerment als „professionelle Unterstützung von Lebensautonomie“ und damit als „konstitutives Element der professionellen Identität der Sozialen Arbeit“ (Herriger 2022: o.S.), bei dem es darum geht, Menschen darin zu unterstützen, ihr Leben eigenverantwortlich und selbstbestimmt zu gestalten. Empowerment ist hier ein Begriff für ein pädagogisches Verhältnis, in dem Unterstützung und Hilfe zur Selbsthilfe geboten wird.

Kritiker wenden ein, dass Empowerment nicht durch Dritte vermittelt werden kann. Es widerspreche dem Wortsinn, wenn Menschen zu Objekten eines Empowerment-Prozesses gemacht werden, statt selbst dessen Akteure zu sein. Der Gedanke einer „Befähigung“ durch Dritte wird

als paternalistisch kritisiert und argumentiert, dass Ungleichheiten reproduziert werden, wenn Dritte für andere Entscheidungen fällen (z.B. auch solche, was diese anderen wissen oder könnten sollten). Ein weiterer Einwand besagt, dass das Konzept vereinnahmt oder im Hinblick auf nicht politische Lebensbereiche verwässert wird, und damit seinen politischen und befreienden Kern verliert (siehe Abushi/Asisi 2020: 218). Damit wird diesem Empowerment-Verständnis auch vorgeworfen, lediglich eine Resilienz gegenüber gesellschaftlichen Machtverhältnissen erreichen zu wollen, und damit das Konzept zu entpolitisieren, zu psychologisieren und neoliberal zu individualisieren (vgl. Bröckling 2003 und siehe Chehata et al. 2023: 29 ff.).

Das Problem wird auch innerhalb der Sozialen Arbeit gesehen: „In der Sozialpädagogik wird das Dilemma von Hilfe und Abhängigkeit als zentrales Grunddilemma, d.h. als nicht lösbares Problem fachlichen Handelns, angesehen (vgl. Schütze 2000). Es liegt darin, dass als nicht intendierte Folge von Hilfe eben nicht das intendierte Empowerment, sondern vielmehr eine gesteigerte Abhängigkeit von Hilfe entsteht“ (Lindmeier/Meyer 2021: o.S.).

Vereinzelt wird der Begriff wegen der unterschiedlichen Begriffsverständnisse ergänzt, z.B. durch „kollektives Empowerment“ (bap 2019: 4), „politisches Empowerment“ oder „psychologisches Empowerment“ (Herriger o.J.: o.S.).

Empowerment und politische Bildung

Empowerment beschreibt politische, soziale und kulturelle Prozesse, in denen Menschen ihre Stimme erheben, Handlungsspielräume erweitern und sich gegen soziale Ungleichheiten, Rassismus und Machtungleichgewichte zur Wehr setzen. Sowohl Empowerment als auch politische Bildung verfolgen demokratische Ziele, zielen auf Teilhabe und reflektieren Machtverhältnisse.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass der Begriff Empowerment auch in die Fachsprache politischer Bildung Eingang gefunden hat. So war „Empowered by Democracy“ ein Projekt zu politischer Bildungsarbeit mit geflüchteten Jugendlichen, bei dem es um Entwicklungsprozesse ging, „in denen Menschen ihre Ohnmacht überwinden, sich ihrer Stärken bewusst werden, diese weiterentwickeln und ihr Leben zunehmend selbstbestimmt in die Hand nehmen“ (bap 2019: 4). Empowerment, so die Begründung für ihren Zusammenhang mit politischer Bildungsarbeit, „findet zunächst durch den Erwerb von Orientierungswissen und Kompetenzen sowie durch die Stärkung des Selbstwertgefühls und der Handlungsmotivation auf individueller Ebene statt. Ausgangspunkt sind dabei nicht die Defizite, sondern immer die Ressourcen und Stärken des Einzelnen“ (ebd.). Mit anderen Worten: Politische Bildung wird nicht mit Empowerment gleichgesetzt, sondern soll dazu beitragen, dass sich Menschen empowern (können). Davon unberührt ist zunächst die Frage, ob politische Bildung als nonformales Angebot in Anspruch genommen wird oder ob damit ein Selbstbildungsprozess gemeint ist, der auch informell, zum Beispiel durch aktivistische Aktivitäten oder politisches Handeln, abläuft.

Politische Bildung kann für Empowerment in mehrfacher Hinsicht eine wichtige Rolle spielen:

- Politische Bildung als individueller Bildungs- und Entwicklungsprozess kann durch Empowerment motiviert sein (weil z.B. politisches Wissen und politische Kompetenzen wichtig für die Erreichung der Ziele von Empowerment sind) sowie ein Effekt von Empowerment-Erfahrungen sein (indem z.B. politische Bildungsprozesse durch politisches Handeln initiiert oder qualifiziert werden) (vgl. Wohngig 2020).
- Politische Bildungsarbeit (als Angebot) kann Bildungsglegenheiten schaffen, die Akteure in ihrer Selbstermächtigung unterstützen.
- Politische Bildungsarbeit (als Angebot) kann die Ziele von Empowerment durch machtkritische, diversitätssensible und rassismuskritischer Bildungsarbeit unterstützen.
- Politische Bildungsakteure können Empowerment strukturell durch „Powersharing“ (das Teilen von Macht und Verantwortung, zum Begriff vgl. König 2022, vgl. auch Boger 2020 und Chehata et al. 2023) und „Allyship“ (Solidarität mit und Unterstützung von weniger privilegierten oder unterrepräsentierten Personen oder Gruppen durch privilegierte, zum Begriff vgl. IDA o.J.) unterstützen. Auch diversitätssensible Organisationsentwicklung (DO), mit der z.B. die Personalstruktur von Trägern politischer Bildung verändert wird, kann als empowernd angesehen werden (siehe AdB 2021: 29 ff.).

Verschiedene Begriffsverständnisse und Konzepte definieren das Verhältnis zwischen politischer Bildung und Empowerment. Sie unterscheiden sich in ihren Ursprüngen, Zielgruppen und Zugängen. Im Folgenden sollen einige Schnittmengen und Spannungsfelder erläutert werden, über die sich aus unserer Sicht ein Austausch zwischen den Praxisfeldern und das Nachdenken über die Beziehung lohnt, sodass sie sich gegenseitig bereichern und konzeptionell schärfen können. Die folgende Abbildung zeigt zur Orientierung fünf Vergleichsachsen (drei Schnittstellen und drei Differenzpunkte) für die weitere Diskussion über das Verhältnis von politischer Bildung und Empowerment. Sie heben einerseits die Schnittstellen von politischer Bildung und Empowerment hervor, stellen aber zugleich heraus, dass es sich um eigenständige Praxisfelder handelt, die zueinander in einem Verhältnis von gleichzeitiger Nähe und Differenz stehen.

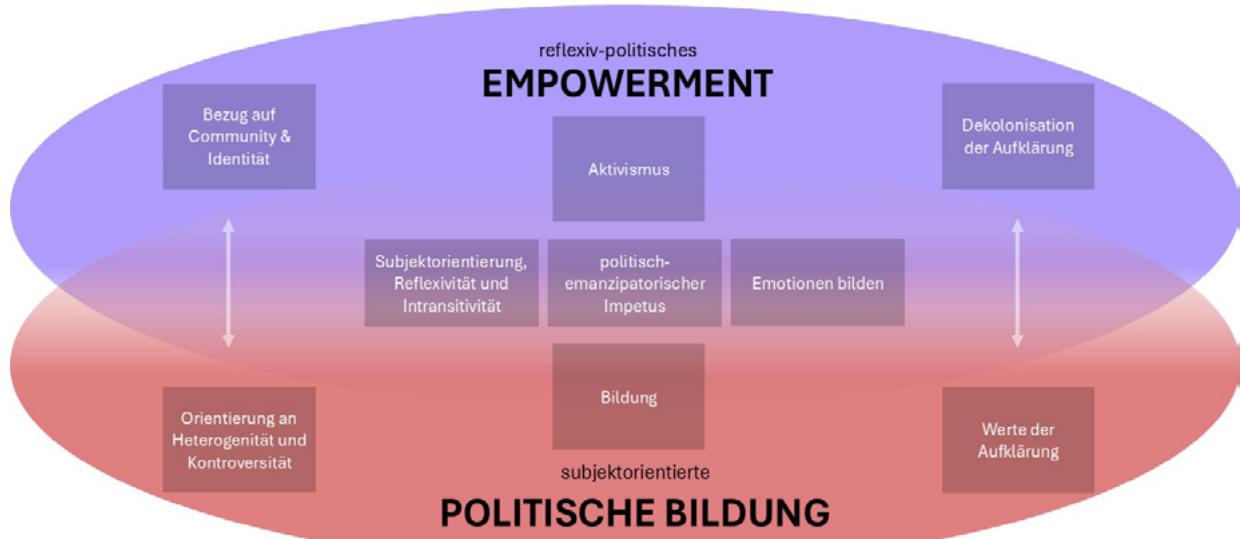


Abbildung 1: Drei Schnittstellen und drei Differenzpunkte im Verhältnis von politischer Bildung und Empowerment. Eigene Darstellung

Drei Schnittstellen

Grundsätzlich stehen sich Empowerment und politische Bildung nahe. Um dies zu unterstreichen und einen Impuls für das weitere bildungskonzeptionelle Zusammendenken beider Felder in die Fachdebatte zu geben, werden folgend drei Schnittstellen herausgearbeitet.

Schnittstelle I: Politische Bildung und Empowerment sind subjektorientiert

Die These, dass sowohl politische Bildung als auch Empowerment subjektorientiert sind, beruht auf einem spezifischen Verständnis von Empowerment und politischer Bildung. Empowerment trägt vom Wortsinn her eine Bedeutungsspanne von „Selbstbefähigung“, „Selbstbemächtigung“ und „Stärkung von Eigenmacht und Autonomie“ (Herriger 2010: 13). Wer empowered ist, erreicht eine „eigene Selbstfindung“ (Madubuko 2017: 805). Man kann sich nur selbst empowern – als Subjekt, nicht als Objekt eines Empowerment-Prozesses. Insofern ist Empowerment ein im Kern subjektorientierter Ansatz.

Diese Sichtweise steht einem subjektorientierten, emanzipatorischen Bildungsbegriff nahe. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn auch in diesem Zusammenhang von Empowerment gesprochen wird. Scherr folgend steht Bildung für „Lernprozesse, in denen Selbstbewusstsein und Selbstbestimmung entwickelt und entfaltet werden können“ (Scherr 2010: 66). Das Bundesjugendkuratorium definierte 2002 den Bildungsbegriff der Jugendarbeit mit Rekurs auf den Empowerment-Begriff: „Bildung heißt immer: „sich bilden“. Bildung ist stets ein Prozess des sich bildenden Subjektes, zielt immer auf Selbstbildung ab. Bildung ist mehr als ein Katalog akkumulierten Wissens, ein Kanon von Inhalten, über den man verfügen muss, um – wie gerne behauptet – als gebildeter Mensch zu gelten. Bildung ist kein Gut und keine Ware. Bildung meint auch Wissenserwerb, geht aber darin nicht auf. Sie ist zu verstehen als Befähigung zu eigenbestimmter Lebensführung, als Empowerment, als Aneignung von Selbstbildungsmöglichkeiten“ (Bundesjugendkuratorium 2002: 4).

Diese Position ist in der politischen Bildung sehr wirkmächtig. Subjekte bilden sich selbst politisch – „selbstständig, selbstbewusst und selbstbestimmt“ (Hufer 2017: 14 f.). Man kann ein Subjekt demzufolge genauso wenig politisch bilden, wie man es empowern könnte. Man kann ihm ein empowerndes oder politisch bildendes Angebot machen, aber der politische Bildungs- und Empowerment-Prozess geht vom Subjekt selbst aus. Demnach wirken politische Bildner*innen im Rahmen einer subjektorientierten Bildungspraxis auf eine „(Selbst)Bildung des Individuums“ (Greco/Lange 2017: 9) hin.

Ungeachtet dessen gilt auch hier das bereits angesprochene Dilemma – in diesem Fall nicht von Hilfe und Abhängigkeit, sondern von Subjekt- und Selbstbildungsorientierung auf der einen Seite, und der Annahme eines potenziellen Defizits, das durch Bildung ausgeglichen wird, auf der anderen. So ist auch das Ziel, „Mündigkeit herzustellen“ (siehe unten) nicht unumstritten (vgl. Mecheril/Rangger 2023 und Menhard 2020) und ein wichtiger Diskussionspunkt zwischen schulischer und nonformaler Jugend- und Erwachsenenbildung (vgl. Becker 2022b). Mündigkeit als Ziel setzt Unmündigkeit voraus – zu befragen ist die Normativität (Wann ist jemand mündig?) und die Herrschaftsperspektive, aus der heraus sie definiert wird (Wer bestimmt, wann jemand mündig ist?). In der sozialpädagogischen Demokratiebildung wird Mündigkeit daher nicht als Ziel definiert, sondern als gegebene Voraussetzung für die Artikulation eigener Interessen angesehen: Danach sind Subjekte „ab Geburt“ in Bezug auf diejenigen „Angelegenheiten, von denen sie betroffen sind“, als mündig zu verstehen (Sturzenhecker 2025: 111).

Schnittstelle II: Empowerment und politische Bildung sind von einer politisch-emanzipatorisch Idee geprägt

Neben der Subjektorientierung teilen Empowerment und politische Bildung ein weiteres gemeinsames Ziel: Sie wollen Menschen stärken, damit sie selbstbestimmt handeln und aktiv an der Gesellschaft mitwirken können. Dieses Ziel ist nicht neutral – es ist politisch. Denn es geht um Emanzipation, d.h. sich von Begrenzungen zu befreien und mehr Teilhabe und Gerechtigkeit zu ermöglichen.

Der Emanzipationsgedanke politischer Bildung manifestiert sich darin, dass die politische Bildung, als „Erziehung zur Mündigkeit“ gilt (Adorno 1971). Sie wird als ein Beitrag zum „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ (Kant 1784) verstanden. Diese emanzipatorische Triebkraft der politischen Bildung ist eng mit ihrer Subjektorientierung verbunden, wenn Mündigkeit bedeutet, sich eine Meinung und ein Urteil bilden zu können, eigene Entscheidungen zu treffen und Verantwortung zu übernehmen, also als eine „selbstständige bewußte Entscheidung“ (Adorno 1971: 107; eigene Herv.) gilt und nicht etwas, was von außen definiert und testiert wird.

Von hier lässt sich eine direkte Brücke zum Empowerment schlagen. Denn selbstgesteuertes Empowerment ist nicht nur subjektorientiert, wie oben dargestellt wurde. Es ist zudem politisch. Es ist ein „politisches (Gegen-)Handeln“ (Chehata et al. 2023: 29) auf struktureller Ebene gegen Diskriminierung und Entrechtung und legt seinen Schwerpunkt auf eine selbstgesteuerte, vom Subjekt ausgehende Aneignung von Macht. Dabei zielt es nicht nur darauf ab, Subjekte zu befähigen, mit gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen umzugehen. Vielmehr ist es darauf gerichtet, zumindest den Horizont zu eröffnen, diese Verhältnisse politisch zu verändern (siehe Chehata et al. 2023: 29).

Diese Form des Empowerments zielt auf die „Emanzipation aus Unterdrückungsverhältnissen“ (Rosenstreich 2020: 230). Es orientiert sich an „Konzepten emanzipatorischer Pädagogik“. Dabei bezweckt es „nicht weniger als den „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ (Bröckling 2003: 325 f.). Im Hinblick auf die politisch-emanzipatorische Orientierung teilen Empowerment und politische Bildung also Ziele (siehe. Greco/Lange 2017: 9).

Schnittstelle III: Emotionen sind für Empowerment- und politische Bildungsprozesse relevant

Über die Rolle von Emotionen für den politischen Bildungsprozess und in der politischen Bildungsarbeit wird seit einigen Jahren durchaus kontrovers nachgedacht. Vor dem Hintergrund der emotionalisierenden Propaganda des Nationalsozialismus und in der Tradition der Aufklärung werteten die politische Kultur und die politische Bildung der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit emotional gemäßigte und nüchterne, vermeintlich rein rationale Zugänge zu Politik auf und emotionale Zugänge, und auch Emotionen in der Bildungsarbeit, ab (Besand 2014 und 2021; Frevert 2018: 18 ff. und 24). Die Umwandlung von bloßen politischen Wünschen in „beschreibbare Absichten“ und einen politischen Willen wird als „Rationalisierungsvorgang“ (Hättich 1991: 163) angesehen. „Kriterium des rationalen Verhaltens ist bewußtes Wollen. Man kann mitteilen, was man will und warum man es will. Politische Bildung beginnt mit dem Training dieser Fähigkeit“ (ebd.). Hättich grenzt solche rationalen Willensbildungsprozesse von emotionalisierter politischer Aktion ab: „Ein nur expressives politisches Engagement verzichtet auf

solche Filterung und drängt aus dem Wünschen direkt in das Handeln, worin eine der Ursachen seiner Erfolglosigkeit gesehen werden kann" (Hättich 1991: 163).

In der politischen Bildung ist die „Angst vor der emotionalen Seite der Politik und der politischen Bildung“ (Besand 2014: 376) in den letzten Jahren einer vermehrten Auseinandersetzung mit Emotionen gewichen.

Ein Zeichen für diesen Wandel war der von Transfer politische Bildung e.V. mitkurierte Bundeskongress politische Bildung 2019, der unter dem Motto „Emotionen“ stand. Ein daraus entstandener Sammelband fächerte die Themen zu einer „Politische[n] Bildung mit Gefühl“ auf (vgl. Besand et al. 2019). Emotionen werden heute zunehmend als relevantes Element politischer Bildung gesehen, wobei eine konzeptionell strukturierte und empirisch untersuchte Ausarbeitung der Rolle von Emotionen für politische Bildung noch aussteht (vgl. Bremer 2024).

Diese neue Offenheit der politischen Bildung für Emotionen eröffnet eine dritte Schnittstelle zum Empowerment-Ansatz. Denn viele verstehen Empowerment als einen emotionalen Prozess. So arbeitete die Schwarze Feministin Audre Lorde heraus, dass das Erotische als ein tiefes Gefühl von Verbindung und Stärke Quelle von weiblicher Kraft und Widerstand sei. Sie konzipiert die Verbindung mit den eigenen Emotionen als eine Strategie des Widerstands gegen Unterdrückung (vgl. Lorde 1978). Auch heute bezieht sich Empowerment-Arbeit ganz selbstverständlich auf Emotionen. „Brave Spaces“ bieten den Teilnehmenden einen Raum, Wut über Rassismus, Trauer über Ausgrenzung, Hoffnung auf Veränderung, erfahrene „Wunden, Emotionen“ und „Traumata“ miteinander zu teilen (siehe Nguyẽn/Nguyẽn-Xuān 2023: 27 und vgl. Kastner 2023). Empowerment gegen Rassismus bedeutet auch, „den emotionalen/körperlichen Spuren von Rassismuserfahrungen nachzuspüren“ (Rotter 2013: 125). Auch aus der Perspektive der Sozialen Arbeit beruhen kollektive und selbstorganisierte Empowerment-Prozesse auf gegenseitiger emotionaler Unterstützung (siehe Herriger 2010: 146).

Sowohl politische Bildungs- als auch Empowerment-Arbeit greifen also Emotionen auf oder nehmen sie als Ausgangspunkt. Obwohl die Relevanz von Rationalität für die politische Meinungs- und Urteilsbildung sowie politisches Handeln hochgeschätzt wird, ist ebenso einleuchtend, dass selbstgesteuerte politische Bildungsprozesse emotional motiviert und stets mit Gefühlen verbunden sind. Mit der Anerkennung der Rolle von Emotionen ist allerdings noch nicht geklärt, wie sie sich zu Rationalität verhalten – ob sie sich gegenseitig schwächen oder ergänzen, aufeinander aufbauend oder zeitgleich wirken. Für die weitere Ausarbeitung der Rolle von Emotionen für politische Bildung bietet der Dialog mit Empowerment-Ansätzen darum einige Anknüpfungspunkte.

Schnittstellen: Gemeinsame Grundlagen von Empowerment und politischer Bildung

- Beide stellen den Menschen als Subjekt in den Mittelpunkt. Das heißt: Lernende sind aktive Mitgestaltende ihrer Lernprozesse. Bildung wird als etwas verstanden, das Menschen stärkt, sich selbst zu verstehen und die Welt zu verändern.
- Beide Ansätze haben ein emanzipatorisches Ziel. Das bedeutet: Sie wollen Menschen nicht nur informieren, sondern dazu befähigen, Ungleichheiten zu erkennen, zu hinterfragen und gemeinsam zu verändern.
- Emotionen spielen in beiden Bereichen eine wichtige Rolle. Gefühle wie Wut, Scham oder Stolz werden nicht ausgeklammert, sondern als Teil von Lernerfahrungen ernst genommen. Denn politisches Lernen ist oft mit biografischen Erfahrungen, Identität und Zugehörigkeit verbunden.

Diese drei Punkte zeigen: Empowerment und politische Bildung können sich gut ergänzen. In Theorie und Praxis bieten sie viele Möglichkeiten, voneinander zu lernen und gemeinsam zu wirken – besonders in der Arbeit mit benachteiligten oder diskriminierten Gruppen.

Drei Differenzpunkte

Die dargelegten Schnittstellen zeigen, dass sich Prinzipien und Konzepte von politischer Bildung und Empowerment nahestehen. Sie gehen aber nicht ineinander auf, sondern unterscheiden sich – je nach Verständnis – in einigen wesentlichen Punkten. Nachfolgend werden in diesem Sinne drei mögliche Differenz- und auch Streitpunkte ausgeleuchtet.

Differenzpunkt I: Empowerment folgt einer Identitätspolitik, politische Bildung betont Heterogenität und Kontroversität

Selbstgesteuertes und politisches Empowerment ist aus identitätspolitischer Sicht ein kollektiver Prozess (siehe Herriger 2010: 18 f. und Rosenstreich 2020: 230 f.). Menschen schließen sich zusammen, weil sie ähnliche Erfahrungen gemacht haben – zum Beispiel mit Rassismus oder Ausgrenzung. Dieses Verständnis kommt aus sozialen Bewegungen wie der Black-Power-Bewegung in den USA (siehe Bröckling 2003: 325 f.; Herriger 2010: 18 f.; Rosenstreich 2020: 230 f.) und dem dekolonialen Aktivismus (vgl. Nassir-Shahnian 2013). Darin ging und geht es darum, gemeinsam stark zu werden, gegen Unterdrückung zu kämpfen – und stolz auf die eigene Identität zu sein, weniger darum zu behaupten, als Menschen seien alle gleich (siehe Hooks 2007: 12 f.). In diesem Verständnis von Empowerment geht es darum, sich als ein Kollektiv zu erkennen, aus dieser Position heraus kollektive Diskriminierungserfahrungen positiv zu wenden und daraus Strategien zu entwickeln, um gegenüber struktureller Ungleichheit an Macht zu gewinnen. Dieses Empowerment macht Erfahrungen von Communities stark, die von struktureller Diskriminierung betroffen sind (z.B. von Rassismus oder Queerfeindlichkeit), ist also identitätspolitisch organisiert (siehe Boger 2020: 202 und Can 2013: 9 f.). Es zielt auf „eigene Selbstfindung jenseits von rassistischen Vorurteilen“ (Madubuko 2017: 805; eigene Herv.) und dient der „Schaffung eigener Räume und Narrative“ (Bendler/Golly 2021: 160; eigene Herv.), z.B. „Safe Spaces“ oder „Brave Spaces“ für betroffene Teilnehmende – d.h. sichere Räume, in denen sich Menschen austauschen können, die ähnliche Diskriminierung erlebt haben (siehe Bendler/Golly 2021: 163 ff. und vgl. Boger/Simon

2016, zum Begriff vgl. IDA o.J.). Solche Räume helfen, neue Erzählungen zu entwickeln – jenseits der dominanten, oft ausgrenzenden Mehrheitsmeinung (siehe Bendler/Golly 2021: 160 und Ma-dubuko 2017: 805).

In der Praxis bedeutet dieser Bezug auf kollektive Identität für Empowerment-Arbeit vor allem Selbstorganisation; dabei wird auch Allyship und Powersharing häufig kritisch als mögliche Reproduktion von bestehenden Machtverhältnissen gesehen (vgl. Rajanayagam 2022). Diese Skepsis betrifft häufig auch das Teilen von Räumen und Strukturen. Hierzu zählt z.B. die Frage, ob sich Organisationen, die sich für Rechte und Empowerment von Gruppen einsetzen, ihre Unabhängigkeit in Bezug auf Finanzen/Förderungen und Repräsentanz erhalten wollen oder sich vorhandenen Organisationsstrukturen (z.B. Förderprogrammen, Verbänden der politischen Bildung) anschließen. In der konkreten politischen Bildungsarbeit werden identitätspolitische Vorstellungen mit Konzepten umgesetzt, mit denen beispielsweise für „marginalisierte und marginalisierungserfahrene Zielgruppen geschützte Räume zur Bewältigung der persönlichen Erlebnisse und Bestärkung (Empowerment)“ (AdB 2021: 35) geschaffen werden. Dazu zählt auch der Einsatz von selbst betroffenen Teamer*innen.

In der politischen Bildung gilt das Prinzip der Kontroversität: Unterschiedliche Meinungen und Perspektiven sollen nebeneinanderstehen und miteinander diskutiert werden (siehe Besand 2016: 29; vgl. Jantschek 2019 und Sander 2021). Politische Bildung ist traditionell offen für Vielfalt – will aber eher unterschiedliche Sichtweisen zusammenbringen, nicht Gruppen unter sich stärken. Zwar wird auch in der politischen Bildung anerkannt, dass Angebote für bestimmte Zielgruppen und geschützte Räume sinnvoll und notwendig sein können – etwa in Angeboten für LSBTIQ*-Jugendliche oder Menschen mit Fluchterfahrung. Die politische Bildung möchte jedoch offene Räume schaffen, in denen sich ganz unterschiedliche Menschen begegnen – unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht oder politischer Meinung. Scharfe Kritiker*innen befürchten gar, durch Identitätspolitik einer Spaltung der Gesellschaft Vorschub zu leisten (vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2025).

In diesem Zusammenhang werden auch zielgruppenspezifische Konzepte kritisch befragt. Im Sinne einer inklusiven politischen Bildung wird die Sinnhaftigkeit von „Bildungsangebote[n]“ infrage gestellt, „in denen nur noch Menschen zusammenkommen, die sich im Hinblick auf die zugrunde gelegten Kategorien ähneln“ (Besand 2016: 29). Solche Formate gingen oftmals mit einer Defizitorientierung einher und reproduzierten die gesellschaftliche Benachteiligung, denen die identifizierten Gruppen unterliegen, so die Kritik (vgl. Besand/Jugel 2015). Unbestritten problematisch wird es, wenn politische Bildung „ihrerseits Menschen vorschnell in vorgefertigte Gruppen-identitätsschubladen einsortiert und, entgegen der eigenen Prämissen, Mikro-Unterschiede ignoriert“ (Scheller 2022 o.S.; vgl. auch Scherr 2011 und zur Gesamtdiskussion *Transfer für Bildung e.V. 2016*). Besand und Jugel plädieren daher dafür, in der politischen Bildung nicht mehr in einer Logik „defizitorientierter Zuschreibungskategorien“ zu denken – etwa ‚Frauen‘, ‚Körperbehinderte‘ oder ‚Menschen mit Migrationshintergrund‘ –, sondern in einer Logik von strukturellen Ausschlussmechanismen (vgl. Besand/Jugel 2015). Empowerment geht jedoch nicht von Fremdzuschreibungen aus, die hier angesprochen werden, sondern von eigenen identitätsstiftenden Kategorien. Sie würde diese nicht als Quelle einer Defizitzuschreibung verstehen, sondern als einen Ausgangspunkt von Ermächtigung. So beschreiben es Autor*innen wie Hooks (2007: 12 f. und 20) oder Can (2013: 9 f.): Empowerment bedeutet, sich mit der eigenen Geschichte, mit dem eigenen „Anderssein“, neu zu verbinden und daraus Kraft zu ziehen.

Auch die Jugend- und Erwachsenenbildung besetzt die Dekonstruktion von Identitäten und Zugehörigkeiten tendenziell positiv. Sie ist von der Idee gekennzeichnet, dazu aufzufordern, „Annahmen über die Bedeutung kultureller Zugehörigkeiten zu dekonstruieren“ und einen „selbstreflexiven Umgang mit Identitätskonstruktionen“ zu pflegen (Scherr 2011: 53). Darüber hinaus ist sie häufig der Idee verpflichtet, dass die Zusammensetzung sowohl der Teilnehmenden als auch der Teamer*innen möglichst divers sein sollte. Es könnten unterschiedliche Erfahrungen aus dieser Gruppe heraus formuliert werden, sodass ein Raum der Kontroversität entsteht und die Teilnehmenden sich auf unterschiedliche Positionen einlassen, die ihnen in ihrem Alltag nicht begegnen (vgl. Jantschek 2019). Die „gesellschaftliche Vielfalt“ werde „erlebbar“ (Wylezol 2015: 25). An einem Ende dieser Diskussion steht die Position von Wolfgang Sander, der argumentiert, Identitätspolitische Positionen schließen den Diskurs und widersprüchen dem Kontroversitätsgebot der politischen Bildung (vgl. Sander 2021), das schließlich seit dem Beutelsbacher Konsens eine entscheidende Rolle für die politische Bildung spielt.

Auch wenn die Unterschiedlichkeit der Perspektiven deutlich wird, ist machtkritisch zu befragen, warum die Debatte teilweise mit großer Heftigkeit geführt wird. De facto existieren in einer Diversitätssensiblen Bildungspraxis verschiedene Angebote nebeneinander (vgl. dazu auch das Papier „Politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft“ <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten>).

Spannungsfeld zwischen offenen und geschlossenen Räumen

Einige Empowerment-Ansätze konzentrieren sich stark darauf, kollektive Identitäten zu stärken. Das bedeutet: Menschen, die ähnliche Erfahrungen mit Diskriminierung gemacht haben – zum Beispiel Schwarze Jugendliche, queere Menschen oder geflüchtete Frauen – schließen sich zusammen, um sich gegenseitig zu unterstützen und gemeinsam stark zu werden. Dabei spielt das Community Building, d.h. der Aufbau von Gemeinschaft, eine wichtige Rolle. „Safer Spaces“ – sichere Räume, in denen sich Betroffene ohne Angst vor Abwertung oder Widerspruch äußern können – sind dafür besonders wichtig.

Auch in der politischen Bildung wird anerkannt, dass geschützte Räume sinnvoll und notwendig sein können – etwa in Angeboten für LSBTIQ*-Jugendliche oder Menschen mit Fluchterfahrung. Die politische Bildung verfolgt jedoch traditionell ein anderes Hauptziel: Sie möchte offene Räume schaffen, in denen sich ganz unterschiedliche Menschen begegnen – unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht oder politischer Meinung. In diesen offenen Räumen soll ein Austausch zwischen verschiedenen Perspektiven möglich sein. Es geht darum, miteinander ins Gespräch zu kommen, Meinungsunterschiede auszuhalten und gemeinsam über gesellschaftliche Fragen nachzudenken.

Für beide Ansätze sprechen gute Gründe – und beide sind wichtig. Die Herausforderung besteht darin, diese unterschiedlichen Raumlogiken miteinander in Beziehung zu setzen, ohne sie gegeneinander auszuspielen.

Differenzpunkt II: Empowerment und politische Bildung beziehen sich auf unterschiedliche Wertebezüge

Im vorherigen Abschnitt wurde deutlich, dass Empowerment und politische Bildung unterschiedliche Schwerpunkte setzen – zum Beispiel in der Frage, ob eher kollektive Identitäten oder Vielfalt

und Kontroversität im Zentrum stehen sollen. Auch bei den Werten und Grundhaltungen, auf die sich beide Ansätze beziehen, zeigen sich Unterschiede – und damit ein weiteres Spannungsverhältnis.

Politische Bildung stützt sich traditionell auf Werte, die in Europa besonders wichtig sind. Dazu gehören Demokratie, Menschenrechte, Aufklärung, Emanzipation und die freiheitlich demokratische Grundordnung (vgl. Wehling 1977; Hufer 2017; BMFSFJ 2020; AdB 2025; siehe Becker 2022c: 17). Diese Ideen stammen aus der europäischen Aufklärung.

Doch genau diese Werte werden von dekolonialen Empowerment-Ansätzen kritisch hinterfragt. Denn aus de- und postkolonialer Perspektive wird unterstrichen, dass die europäische Geistesgeschichte eng mit der Ausübung und Legitimierung kolonialer Herrschaft verbunden war. Demnach sind die Begriffe der europäischen Aufklärung in ihrem emanzipatorischen Gehalt kompromittiert, entstammen sie doch einem Zeitalter, in dem koloniales Wissen und koloniale Macht eine unlösbare Einheit eingingen (vgl. Bhabha 1994; Castro Varela/Dhawan 2020; Grosfoguel 2007; Mignolo 2003 und 2011; Said 1978). Begriffe wie „Mündigkeit“ oder „Emanzipation“ werden aus dieser Perspektive zwiespältig angesehen: Sie können positiv Befreiung bedeuten, aber auch als Mittel zur Abwertung (im Sinne von Unfähigkeit, Unmündigkeit) eingesetzt werden (vgl. Mecheril/Ranger 2023; siehe Menhard 2020: 74 f. und Messerschmidt 2007: 149 f.).

Viele Empowerment-Ansätze orientieren sich deshalb nicht an europäischen Werten, sondern an anderen Erfahrungen: etwa an feministischen Kämpfen, indigenem Wissen oder Widerstandsbewegungen im Globalen Süden. Statt von universellen Wahrheiten auszugehen, betonen sie kontextbezogene Erfahrungen, Vielfalt von Wissen und kulturelle Unterschiede.

Das führt zu einem Spannungsverhältnis: Politische Bildung spricht oft von allgemeingültigen Werten – wie Menschenrechten für alle. Empowerment betont dagegen vielfältige Perspektiven, die aus konkreten Lebenswirklichkeiten und Erfahrungen von Ausgrenzung entstehen.

Beide Perspektiven können voneinander lernen: Denn aus postkolonialer Perspektive sind die „Aufklärungsideale“ zwar zu kritisieren und ihre Verstrickung in imperiale Rechtfertigungsideologien zu reflektieren, gleichzeitig gelten sie letztlich auch als „unverzichtbar“ (Castro Varela/Dhawan 2020: 38). Andersherum ist es für die politische Bildung eine wichtige Frage, was sie aus der postkolonialen Kritik an der Aufklärung für die eigene konzeptionelle und wertbezogene Fundierung ableiten kann.

Differenzpunkt III: Aktivismus, Beratung und Hilfe sind nicht (notwendig) politische Bildung

Ein drittes Thema der Auseinandersetzung zwischen Empowerment-Arbeit und politischer Bildungsarbeit ist die Tatsache, dass nicht alle Formen des Empowerments politische Bildungsprozesse fördern. Bei Beratungs- und Hilfeangeboten (z.B. Information und Beratung über Rechte von durch Diskriminierung Betroffenen oder die helfende Begleitung von geflüchteten Menschen bei Behördengängen) stehen andere Ziele im Vordergrund.

Nicht jede Form empowernder Bildungsarbeit (z.B. Kurse zum Thema Resilienz und Body Awareness, kreative oder sportliche Angebote) muss auch politisch bildend sein. Hier wird um Definitionen und Konzepte, Grenzfälle und hybride Settings fachlich gestritten.

Ganz besonders kontrovers wird über den Zusammenhang von politischem Handeln (Engagement, Aktivismus, Aktion) als Handlungsfeld von Empowerment und politischer Bildung diskutiert. Das Gebot der Kontroversität wurde oben schon erwähnt. Es wird als Argument gegen die Vermischung von politischem Aktivismus, der notwendig parteilich auf bestimmte politische Ziele gerichtet ist, und politischer Bildung angeführt. Andererseits ist politisches Engagement häufig Motiv, Motivation und Gelegenheit für politische (Selbst-)Bildung. Empowerment-Arbeit ist häufig mit politischer Bildungsarbeit verbunden und umgekehrt. Konzepte der sozialpädagogischen Demokratiebildung gelten Erfahrungen demokratischer Partizipation als grundlegendes und notwendiges Element politisch-demokratischer Bildung (siehe Papier „Konzepte: Politische Bildung und Demokratiebildung“, <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten>). Der Zusammenhang von politischem Engagement und politischer (Selbst-)Bildung wird in der politischen Bildung immer wieder thematisiert und vermehrt genauer empirisch untersucht (vgl. Fritz et al. 2006; Overwien 2013; Wohnig 2017, 2020 und 2021; Kenner 2021; Trumann 2023; Nonnenmacher/Wohnig 2024). Insofern kann man bisher Diskussionen um entsprechende Grenzziehungen nur in Bezug auf konkrete einzelne Fälle führen.

Die Diskussion des Zusammenhangs von politischer Aktion und politischer Bildung hat sich in letzter Zeit um eine weitere Dimension verschärft. Denn auch wenn vor allem Förderprogramme eine politische Positionierung innerhalb politischer Bildungsarbeit teilweise sogar untersagen, wird in aktuellen Debatten betont, dass daraus kein „Neutralitätsgebot“ abgeleitet werden könne (vgl. AdB/DBJR 2024). Auch diesbezüglich geht es immer wieder neu um Grenzziehungen zwischen politischer Positionierung und politischer Bildung.

Spannungsfelder: Wo sich Empowerment und politische Bildung unterscheiden

Empowerment- und politische Bildungsarbeit haben viele Gemeinsamkeiten: Beide wollen Menschen stärken, ihre Selbstbestimmung fördern und politische Teilhabe ermöglichen. Sie setzen beim Subjekt an, verfolgen emanzipatorische Ziele und erkennen die Bedeutung von Emotionen in Bildungsprozessen an.

Es gibt wichtige Unterschiede – und die machen deutlich: Empowerment und politische Bildung kommen aus verschiedenen Traditionen, setzen unterschiedliche Schwerpunkte und arbeiten mit teils anderen Ideen von Bildung, Macht und Gesellschaft.

- Empowerment betont oft die kollektive Identität – zum Beispiel die gemeinsame Erfahrung von Rassismus oder Diskriminierung. Politische Bildung dagegen legt Wert auf Heterogenität und Kontroversität – d.h. auf Vielfalt der Meinungen und die Auseinandersetzung mit Unterschieden.
- Empowerment orientiert sich häufig an dekolonialen Perspektiven und der Kritik am Eurozentrismus. Politische Bildung dagegen baut stark auf Menschenrechte und die Tradition der europäischen Aufklärung – zum Beispiel auf Vernunft, Mündigkeit und individuelle Freiheit.
- Nicht alle Formen des Empowerments fördern Bildungsprozesse. Bei Aktivismus, Beratung und Hilfe stehen andere Ziele im Vordergrund. Der Zusammenhang zwischen politischem Handeln und politischer Bildung ist komplex und muss bisher vor allem anhand konkreter Fälle immer wieder neu diskutiert werden.

Diese Unterschiede sind keine Schwächen, sondern fruchtbare Differenzen. Sie helfen, blinde Flecken sichtbar zu machen – zum Beispiel mit der Frage, welche Stimmen in der politischen Bildung zu Wort kommen oder wie Machtverhältnisse thematisiert werden. Wer Empowerment und politische Bildung gemeinsam denkt, sollte auch diese Differenzen mitdenken – und als Chance begreifen, um Bildungsprozesse gerechter und vielfältiger zu gestalten.

Ausblick: Gemeinsam weiterdenken – Empowerment und politische Bildung verbinden

Die Verbindung von Empowerment- und politischer Bildungsarbeit bietet vielfältige Chancen – für die Theorie- und Konzeptbildung, die Bildungspraxis und für gesellschaftlichen Wandel. Damit diese Potenziale wirksam werden können, werden Orientierungspunkte benötigt. Die folgende Übersicht fasst zentrale Handlungsempfehlungen für Praktiker*innen, Organisationen, Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen zusammen. Sie zeigt, wie Empowerment und politische Bildung gemeinsam gedacht und gestaltet werden können – mit dem Ziel, gerechtere Bildungsgelegenheiten und gesellschaftliche Diskursräume zu schaffen.

Handlungsempfehlungen im Überblick		
Zielgruppe	Empfehlung	Ziel/Begründung
Praktiker*innen politischer Bildung		
	Schutz- und Diskussionsräume kombinieren	Schutz bieten, aber auch ermöglichen Austausch und Konflikt auszuhalten
	Erfahrungswissen ernstnehmen und einbinden	Lernprozesse an Lebensrealitäten der Teilnehmenden orientieren
	Emotionen als Lernanlässe nutzen	Gefühle wie Wut, Angst, Hoffnung in politische Bildung einbeziehen
	Empowerment strukturell denken	Individuelle Stärkung mit gesellschaftlicher Veränderung verbinden
Organisationen politischer Bildung		
	Diversitätsorientierte, empowernde Organisationskultur aufbauen	Marginalisierung bekämpfen
	Powersharing und Allyship bieten	Austausch und Solidarität mit marginalisierten Gruppen fördern
Aktivist*innen / Selbstorganisationen		
	Bildung als Teil von Empowerment-Prozessen gestalten; politische Bildung in Community-Arbeit integrieren	Empowerment als Bildungsmotiv und -zusammenhang nutzen
	Dialog mit Akteur*innen politischer Bildung suchen	Perspektivenvielfalt fördern, Solidaritäten aufbauen
	Strukturen sichtbar machen und gemeinsam verändern	Empowerment politisieren – über individuelle Erfahrungen hinausgehen
	Wissen teilen und verbreiten	Erfahrungen dokumentieren, weitergeben und Bewegungen vernetzen
Wissenschaftler*innen		
	Aufklärung kritisch weiterdenken, nicht verwerfen	Eurozentrismus reflektieren, aber auch an emanzipatorischen Idealen anknüpfen
	Partizipative Forschungsansätze wählen	Betroffene als Mitforschende einbeziehen
	Forschungsergebnisse verständlich und praxisnah aufbereiten	Zugang für Pädagog*innen, Träger und Communities erleichtern

**Vergleichende Übersicht von Empowerment-Ansätzen in drei zentralen Bereichen:
Aktivismus, politische Bildung und Soziale Arbeit**

Bereich	Empowerment-Ansatz	Ziel	Zielgruppe	Herausforderungen
Aktivismus				
	Kollektives Empowerment durch Graswurzelbewegungen (z.B. Fridays for Future, Black Lives Matter)	Selbstermächtigung marginalisierter Gruppen; Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse	Betroffene von Diskriminierung, zivilgesellschaftliche Akteur*innen	Repression, Fragmentierung sozialer Bewegungen, fehlende Ressourcen, Aktivismus-Burnout
	Empowerment durch Austausch und Community Building (z.B. „Brave Spaces“)	Sichtbarkeit, Identitätsstärkung, emotionale Selbstermächtigung	BIPOC, LGBTQIA+, queere/feministische Gruppen	Vereinzelung, Kommerzialisierung und Vereinnahmung durch Mainstream
Politische Bildung				
	Selbstbildung, Subjektorientierung (Reflexiv-intransitives Empowerment)	Förderung politischer Mündigkeit und Partizipation durch selbstbestimmte Bildungsprozesse	Jugendliche, Erwachsene, Bildungsteilnehmende allgemein benachteiligte Bevölkerungsgruppen	Institutionelle Begrenzungen (z.B. Förderbedingungen), ungleicher Zugang, geringe Ressourcen
	Kritisch-emanzipatorische Bildung	Entwicklung kritischer Handlungsfähigkeit zur Transformation von Herrschaftsverhältnissen	Jugendliche, Erwachsene, Bildungsteilnehmende allgemein benachteiligte Bevölkerungsgruppen	Institutionelle Begrenzungen (z.B. Förderbedingungen), ungleicher Zugang, sprachliche Barrieren, kulturelle Übersetzungsprobleme
Soziale Arbeit				
	Handlungsorientiertes Empowerment in der Einzelfallhilfe	Individuelle Selbstermächtigung zur Lebensbewältigung, soziale Inklusion	Menschen in Armut, psychisch belastete Personen, Klient*innen in Hilfeprozessen	Paternalismusrisiko, institutioneller Druck, mangelnde Zeit und Ressourcen
	Gemeinwesenarbeit und kollektives Empowerment (z.B. Nachbarschaftsprojekte, Quartiersarbeit)	Stärkung sozialer Netzwerke, Selbstorganisation und politische Artikulation in Stadtteilen	Bewohnende benachteiligter Quartiere, Bürgerinitiativen	Nachhaltigkeit, Machtungleichgewichte zwischen Profis und Betroffenen, geringe Beteiligung
	Empowerment durch Peer-Ansätze (z.B. Ex-In, Selbsthilfegruppen)	Erfahrungsbasiertes Lernen, Anerkennung von Lebenswissen, Reduktion von Hierarchien	Menschen mit psychischer Erkrankung, Sucht, Armutserfahrung	Grenzverwischung von professioneller Distanz, fehlende institutionelle Anerkennung, Stigmatisierung

Zum Projekt „Vielfalt gestalten: Fachforen Politische Bildung und Demokratieförderung“

Die Transferstelle politische Bildung führte vom 01.12.2022 bis 30.04.2025 das Projekt „Vielfalt gestalten: Fachforen Politische Bildung und Demokratieförderung“ durch, gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Ausgangspunkt des Projekts war die Erkenntnis, dass die Praxis nonformaler politischer Bildung zunehmend divers ist, gleichzeitig aber Diskursräume fehlen, in denen Perspektiven aus unterschiedlichen Praxisfeldern, auf der Grundlage unterschiedlicher Konzepte und Wissenschaftsbezüge, von sogenannten etablierteren und neueren Akteur*innen ausgetauscht werden können, um Unterschiede, vor allem aber Gemeinsamkeiten und Schnittstellen zu identifizieren. Das Projekt bot einen solchen Austausch in Form von Fachforen, die ausgewiesene Expert*innen aus Wissenschaft, Verwaltung und Praxis um einen Tisch versammelten. Sie diskutierten zu ausgewählten aktuellen Fragestellungen, die verschiedene Praxisfelder politischer Bildung und Demokratieförderung betreffen.

Zitierte Literatur

Eine erweiterte Literaturliste zum Thema kann gesondert heruntergeladen werden:

<https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten>

Abushi, Sakina / Asisi, Pierre (2020): „Die Anderen“ empowern? Versuch einer Begriffsbestimmung für die politische Bildung und pädagogische Praxis, online: <https://profession-politischebildung.de/grundlagen/diversitaetsorientierung/empowern> (abgerufen am 12.05.2025)

Adorno, Theodor W. (1971): Erziehung zur Mündigkeit: Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969. Frankfurt a.M.

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (2021): Handeln für die Demokratie – Teilhabegerechtigkeit und politische Bildung. AdB-Jahresbericht 2021, online: https://www.adb.de/system/files?file=2024-02/2021_adb_jahresbericht.pdf (abgerufen am 12.07.2025)

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (2025): Menschenrechte, online: <https://www.adb.de/politische-bildung/themenschwerpunkte/menschenrechte> (abgerufen am 14.07.2025)

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) / Deutscher Bundesjugendring e.V. (DBJR) (2024): Mythos Neutralitätsgebot. Eine Handreichung. Berlin, online: https://www.adb.de/system/files?file=2024-05/handreichung_neutralitaet_dbjr_adb_2024_0.pdf (abgerufen am 12.07.2025)

Becker, Helle (2022b): Im Niemandsland oder: Wie legitimiert sich außerschulische politische Kinder- und Jugendbildung? In: Alexander Wöhnig / Peter Zorn (Hrsg.): Neutralität ist auch keine Lösung! Zur Legitimation politischer Bildung. Bonn, S. 29-40

Becker, Helle (2022c): Vielfalt organisieren. Herausforderungen für die nonformale politische Bildung. In: APuZ – Aus

Politik und Zeitgeschichte. 72. Jg., H. 48, S. 17-22, online: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/politische-bildung-2022/515535/vielfalt-organisieren> (abgerufen am 08.07.2025)

Bendler, Ilinda / Golly, Nadine (2021): Empowerment. Selbstermächtigung. Ein politisches und emanzipatives Konzept zur Schaffung eigener Räume und Narrative. In: Fereidooni, Karim / Hößl, Stefan E. (Hrsg.): Rassismuskritische Bildungsarbeit: Reflexionen zu Theorie und Praxis. Frankfurt a.M.

Besand, Anja (2014): Gefühle über Gefühle. Zum Verhältnis von Emotionalität und Rationalität in der politischen Bildung. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft. 24. Jg., H. 3, S. 373-83

Besand, Anja (2016): Von roten und blauen Kreisen. Oder: Wie kommen wir zu einer inklusiveren politischen Bildung? In: Transfer für Bildung (Hrsg.): Wenig erreichte Zielgruppen der politischen Bildung – Forschung zu Zugangsmöglichkeiten. Essen, S. 29-33, online: <https://transfer-politische-bildung.de/dossiers/zugangsmaeglichkeiten/mitteilung/artikel/jahresbeschreibung-2016-wenig-erreichte-zielgruppen-der-politischen-bildung-forschung-zu-zugangsmaeogl> (abgerufen am 09.07.2025)

Besand, Anja (2021): Bitte sachlich bleiben! Über Emotionen in der politischen Bildung, online: <https://profession-politischebildung.de/grundlagen/emotionen> (abgerufen am 17.07.2025)

Besand, Anja / Jugel, David (2015): Zielgruppenspezifische politische Bildung jenseits tradiert Differenzlinien. In: Dönges, Christoph / Hilpert, Wolfram / Zurstrassen, Bettina (Hrsg.): Didaktik der inklusiven politischen Bildung. Bonn. Schriftenreihe Bundeszentrale politische Bildung/bpb (Bd. 1617), S. 99-109 online: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/1617_Didaktik_der_inklusiven_politischen_Bildung_ba.pdf (abgerufen am 08.07.2025)

Besand, Anja / Overwien, Bernd / Zorn, Peter (Hrsg.) (2019): Politische Bildung mit Gefühl. Bonn. Schriftenreihe Bundeszentrale politische Bildung/bpb (Bd. 10299)

Bhabha, Homi K. (1994): The location of culture. London/New York

Bhabha, Homi K. (2000): Die Verortung der Kultur. Kapitel 2: Die Frage des Anderen: Stereotyp, Diskriminierung und der Diskurs des Kolonialismus. Tübingen, S. 97-124

Boger, Mai-Anh (2020): Warum Empowerment schmerzt. In: Jagusch, Birgit / Chehata, Yasmine (Hrsg.): Empowerment und Powersharing: Ankerpunkte – Positionierungen – Arenen. Diversität in der Sozialen Arbeit. Basel, S. 196-205

Boger, Mai-Anh / Simon, Nina (2016): Zusammen – getrennt – gemeinsam. Rassismuskritische Seminare zwischen Nivellierung und Essentialisierung von Differenz. In: movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies. 2. Jg., H. 1, S. 165-175, online: <https://movements-journal.org/issues/03.rassismus/09.boger,simon-zusammen.getrennt.gemeinsam.html> (abgerufen am 22.05.2025)

Bremer, Helmut (2024): Politische Bildung: Emotions- und ungleichheitssensibel. In: Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. (Hrsg.): Resilient! Stärkung der Profession. Politische Bildung als zukunftsweise Bildungsarbeit für Demokratien. Bonn, S. 24-30, online: https://www.bap-politischebildung.de/wp-content/uploads/2024/05/bap_Resilient_Handreichung.pdf (abgerufen am 20.07.2025)

Bröckling, Ulrich (2003): You are not responsible for being down, but you are responsible for getting up. Über Empowerment. In: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft. 31. Jg., H. 3, S. 323-344

Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. (Hrsg.) (2019): Empowerment, Begegnung und Demokratie gestalten. Impulse aus dem Projekt „Empowered by Democracy“ für die politische Bildung in der Migrationsgesellschaft, online:

https://www.bap-politischerbildung.de/archiv/ebd/wp-content/uploads/2019/11/Empowerment-Begegnung-und-Demokratie-gestalten_web.pdf (abgerufen am 20.07.2025)

Bundesjugendkuratorium (2002): Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums Dezember 2001. Zukunftsfähigkeit sichern! Für ein neues Verhältnis von Bildung und Jugendhilfe. Eine Streitschrift des Bundesjugendkuratoriums, online: https://bundesjugendkuratorium.de/data/pdf/press/bjk_2001_stellungnahme_zukunftsfaehigkeit_sichern.pdf (abgerufen am 08.07.2025)

Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, online: <https://www.bmfsfj.bund.de/resource/blob/162232/27ac76c3f5ca10b0e914700ee54060b2/16-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf> (abgerufen am 23.07.2025)

Can, Halil (2013): Empowerment aus der People of Color-Perspektive. Reflexionen und Empfehlungen zur Durchführung von Empowerment-Workshops gegen Rassismus. Herausgegeben von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Berlin. Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung. Berlin, online: https://www.eccar.info/sites/default/files/document/empowerment_webbroschere_barrierefrei.pdf (abgerufen am 20.07.2025)

Castro Varela, María do Mar / Dhawan, Nikita (2020): Die Universalität der Menschenrechte überdenken. In: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte. 70. Jg., H. 20, S. 33-38, online: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2020-20_online.pdf (abgerufen am 08.07.2025)

Chehata, Yasmine / Dib, Jinan / Harrach-Lasfaghi, Asmae / Himmen, Thivitha / Sinoplu, Ahmet / Wenzler, Nils (2023): Empowerment, Resilienz und Powersharing in der Migrationsgesellschaft: Theorien – Praktiken – Akteur*innen. Weinheim/Basel, online: https://www.beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik_soziale_arbeit/produkte/details/49893-empowerment-resilienz-und-powersharing-in-der-migrationsgesellschaft.html (abgerufen am 08.07.2025)

Chehata, Yasmine / Jagusch, Birgit (2020): „Wenn Wissen und Diskurs persönlich wird“ und werden sollte. In: Jagusch, Birgit / Chehata, Yasmine (Hrsg.): Empowerment und Powersharing: Ankerpunkte – Positionierungen – Arenen. Weinheim/Basel. 2. überarbeitete und erweiterte Aufl., S. 10-20, online: https://www.beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik_soziale_arbeit/produkte/details/49837-empowerment-und-powersharing.html (abgerufen am 22.07.2025)

Frevert, Ute (2018): Politische Bildung – mit Gefühl? In: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte. 68. Jg., H. 13-14, S. 18-24, online: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2018-13-14_online.pdf (abgerufen am 22.07.2025)

Fritz, Karsten / Maier, Katharina / Böhnisch, Lothar (2006): Politische Erwachsenenbildung. Trendbericht zur empirischen Wirklichkeit der politischen Bildungsarbeit in Deutschland. Weinheim/Basel

Greco, Sara Alfia / Lange, Dirk (2017): Mündigkeit in der Politischen Bildung. Zur Einleitung. In: Lange, Dirk / Greco, Sara Alfia (Hrsg.): Emanzipation: Zum Konzept der Mündigkeit in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 9-13

Grosfoguel, Ramón (2007): The Epistemic Decolonial Turn: Beyond Political-Economy Paradigms. *Cultural Studies*. 21. Jg., H. 2-3, S. 211-223

Hättich, Manfred (1991): Ziel: Politische Rationalität. Ihre Aktualität angesichts der Herausforderungen. In: Claußen, Bernhard / Gagel, Walter / Neumann, Franz (Hrsg.): Herausforderungen Antworten. Politische Bildung in den neunziger Jahren. Wiesbaden, S. 163-175

Herriger, Norbert (o.J.): Grundagentext Empowerment (Vertiefung). Herausgegeben von socialnet GmbH, Bonn, online: <https://www.empowerment.de/grundlagen> (abgerufen am 20.07.2025)

Herriger, Norbert (2010): Empowerment in der sozialen Arbeit: eine Einführung. 4., erweiterte und aktualisierte Aufl. Stuttgart

Herriger, Norbert (2022): Empowerment. In: socialnet, Lexikon, online: <https://www.socialnet.de/lexikon/Empowerment> (abgerufen am 20.07.2025)

Hooks, Bell (1992): Black Looks: Race and Representation. Boston

Hufer, Klaus-Peter (2017): Weiter aktuell: Emanzipation in der politischen Bildung In: Lange, Dirk / Greco, Sara Alfia (Hrsg.): Emanzipation: Zum Konzept der Mündigkeit in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 14-21

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V. (IDA) (o.J.): Glossar. online: <https://www.idaev.de/recherchetools/glossar> (abgerufen am 11.07.2025)

Jantschek, Ole (2019): Geschützte Räume, kontroverse Räume. Politische Bildung in einer Gesellschaft der Diversität. In: Journal für politische Bildung. 9. Jg., H. 3, S. 34-38

Kant, Immanuel (1784): Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In: Berlinische Monatsschrift. H. 12, S. 481-94

Kastner, Stefanie (2023): „Es muss sich alles ändern, damit es bleiben kann, wie es ist“. BuB –Forum Bibliothek und Information. 75. Jg., H. 12, S. 654-655, online: https://zs.thulb.uni-jena.de/servlets/MCRFileNodeServlet/jportal_derivate_00347414/BUB_2023_12_0654_0655.pdf (abgerufen am 20.07.2025)

Kenner, Steve (2021): Politische Bildung in Aktion. Eine qualitative Studie zur Rekonstruktion von selbstbestimmten Bildungserfahrungen in politischen Jugendinitiativen. Wiesbaden

König, Eileen (2022): Powersharing. Grundbegriffe der Politischen Bildung. Herausgegeben vom Bundesausschuss politische Bildung (bap) e.V., online: <https://profession-politischesbildung.de/grundlagen/grundbegriffe/powersharing> (abgerufen am 11.07.2025)

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (2025): Identitätspolitik - Eine gespaltene Gesellschaft? Online: <https://www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/identitaetspolitik> (abgerufen am 11.07.2025)

Lindmeier, Dorothee / Meyer, Bettina (2021): Empowerment als pädagogisches Leitprinzip, online: <https://www.bpb.de/lernen/inklusiv-politisch-bilden/335013/empowerment-als-paedagogisches-leitprinzip> (abgerufen am 20.07.2025)

Lorde, Audre (1978): The Uses of the Erotic. The Erotic as Power, online: https://uk.sagepub.com/sites/default/files/upm-binaries/11881_Chapter_5.pdf (abgerufen am 17.07.2025)

Madubuko, Nkechi (2017): Empowerment als Erziehungsaufgabe. Verarbeitungsstrategien gegen Rassismuserfahrungen von binationalen Kindern und Jugendlichen. In: Fereidooni, Karim / El, Meral (Hrsg.): Rassismuskritik und Widerstandsformen. Wiesbaden, S. 797-815

Mecheril, Paul / Rangger, Matthias (2023): Kolonialität der Mündigkeit. Anmerkungen zu einer grundlegenden Referenz politischer Bildung. In: Polis. Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB). 27. Jg., H. 3, S. 11-13)

Menhard, Ioanna (2020): Solidarität und Mündigkeit selbstkritisch zusammengedacht. Pädagogische Überlegungen mit Interesse an Empowerment und Powersharing. In: Jagusch, Birgit / Chehata, Yasmine (Hrsg.): Empowerment und Powersharing: Ankerpunkte – Positionierungen – Arenen. Weinheim/Basel. 2. überarbeitete und erweiterte Aufl., S. 85-95, online:

https://www.beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik_soziale_arbeit/produkte/details/49837-empowerment-und-powersharing.html (abgerufen am 22.07.2025)

Messerschmidt, Astrid (2007): Immanente Gegensätze. Nachdenken über eine selbstkritische Bildungstheorie mit Gernot Koneffke. In: Bierbaum, Harald / Euler, Peter/ Feld, Katrin / Messerschmidt, Astrid / Zitzelsberger, Olga (Hrsg.): *Nachdenken in Widersprüchen. Gernot Koneffkes Kritik bürgerlicher Pädagogik.* Wetzlar, S. 145-54

Mignolo, Walter D. (2003): *The darker side of the Renaissance: literacy, territoriality, and colonization.* 2. Aufl. Ann Arbor

Mignolo, Walter D. (2011): *The Darker Side of Western Modernity: Global Futures, Decolonial Options.* Durham/London

Nassir-Shahnian, Natascha (2013): Dekolonialisierung und Empowerment. In: Hamaz, Sofia / Ergün-Hamaz, Mutlu (Hrsg.): *Empowerment. MID-Dossier.* Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung. S. 16-25, online: https://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/dossier_empowerment.pdf (abgerufen am 23.07.2025)

Nguyễn, Thúy-Tiên / Nguyễn-Xuân, Quang (2023): Praxishandbuch für queere politische Bildungsarbeit. Herausgegeben vom Jugendnetzwerk Lambda e.V., online: https://lambda-online.de/wp-content/uploads/2023/06/Praxishandbuch-fuer-queere-politische-Bildungsarbeit_Web-2-klein.pdf (abgerufen am 24.07.2025)

Nonnenmacher, Frank / Wohngig, Alexander (2024): Politische Aktion und politische Bildung: Widersprüche in der Fachdiskussion und Bildungspotenziale. In: Chehata, Yasmine / Eis, Andreas / Lösch, Bettina / Schäfer, Stefan / Schmitt, Sophie / Thimmel, Andreas / Trumann, Jana / Wohngig, Alexander (Hrsg.): *Handbuch kritische politische Bildung.* Frankfurt a.M., S. 285-293

Overwien, Bernd (2013): Informelles Lernen in politischer Aktion und sozialen Bewegungen. In: *Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung.* 45. Jg., H. 3, S. 247-254

Rajanayagam, Iris (2022): Allyship, Powersharing und Empowerment. Eine kritische Betrachtung. In: FUMA Fachstelle Gender & Diversität NRW (Hrsg.): *Macht. Wenn Teilen stärkt. Reflexionen & Impulse für eine empowermentorientierte Praxis.* Dokumentation der FUMA Fachtagung 26./27.04.2022, S. 12-14

Rosenstreich, Gabriele (2020): Empowerment und Powersharing unter intersektionaler Perspektive. In: Jagusch, Birgit / Chehata, Yasmine (Hrsg.): *Empowerment und Powersharing: Ankerpunkte – Positionierungen – Arenen. Diversität in der Sozialen Arbeit.* Basel, S. 347-358

Rotter, Pasquale Virginie (2013): Empowerment in Motion – Körper und Bewegung in Empowerment-Prozessen. Oder: Liebe Schwester, lieber Bruder! In: Hamaz, Sofia / Ergün-Hamaz, Mutlu (Hrsg.): *Empowerment. MID-Dossier.* Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung. S. 117-126, online: https://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/dossier_empowerment.pdf (abgerufen am 23.07.2025)

Said, Edward W. (1978): *Orientalism.* New York

Sander, Wolfgang (2021): Identität statt Diskurs? In: *Pädagogische Rundschau.* 75. Jg., H. 3, S. 293-306

Scheller, Jörg (2022): Potenziale und Grenzen der Identitätspolitik, online: <https://www.bpb.de/themen/rassismus-diskriminierung/rassismus/515930/potenziale-und-grenzen-der-identitaetspolitik> (abgerufen am 11.07.2025)

Scherr, Albert (2010): Subjektorientierte Jugendarbeit: Eine Einführung in die Grundlagen emanzipatorischer Jugendpädagogik, online: <https://www.oja-wissen.info/download/3441> (abgerufen am 20.07.2025)

Scherr, Albert (2011): Bildung als Auseinandersetzung mit sozialen Ungleichheiten und soziokulturellen Unterschieden. In: Hafenerger, Benno (Hrsg.): Handbuch außerschulische Jugendbildung: Grundlagen, Handlungsfelder, Akteure. Reihe Politik und Bildung. Schwalbach/Ts., S. 43-56

Sturzenhecker, Benedikt (2025): Politische Bildung als sozialpädagogische Demokratiebildung. In: Görtler, Michael / Schäfer, Stefan (Hrsg.): Politische Bildung in der Sozialen Arbeit. Band I: Theoretische Perspektiven und Standortbestimmungen. Frankfurt a. M., 103-119

Transfer für Bildung e.V. (2016): Wenig erreichte Zielgruppen der politischen Bildung – Forschung zu Zugangsmöglichkeiten. Essen, online: <https://transfer-politische-bildung.de/transfermaterial/veroeffentlichungen/mitteilung/artikel/jahresbroschüre-2016-wenig-erreichte-zielgruppen-der-politischen-bildung-forschung-zu-zugangsmaogl> (abgerufen am 11.07.2025)

Transfer für Bildung e.V. (o.J.): Empowerment/Selbstvertretung. In: Topografie der Praxis politischer Bildung, online: <https://topografie-transfer-politische-bildung.de/weitere-praxisfelder/empowerment-selbstvertretung> (abgerufen am 12.07.2025)

Trumann, Jana (2013): Lernen in Bewegung(en). Politische Partizipation und Bildung in Bürgerinitiativen. Bielefeld, online: <https://www.transcript-verlag.de/media/pdf/7e/a0/f7/oa9783839422670.pdf> (abgerufen am 11.07.2025)

Wehling, Hans-Georg (1977): „Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch“. In: Schiele, Siegfried / Schneider, Herbert (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung, Stuttgart, S. 173-184

Wohnig, Alexander (2017): Potentiale und Schwierigkeiten von Kooperationen mit der Perspektive „politische Aktion“. In: Transfer für Bildung (Hrsg.): Gemeinsam stärker! Kooperationen zwischen außerschulischer politischer Bildung und Schule. Jahresbroschüre 2018. Essen, S. 37-44, online: https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Transferstelle_Jahresbroschueren_PDF/Jahresbroschüre-2017-TpB-Kooperationen-web.pdf (abgerufen am 11.07.2025)

Wohnig, Alexander (2020): Bildungs- und Lernprozesse in politischen Aktionen - Eine Fallstudie aus einem Kooperationsprojekt von Schule und außerschulischem politischem Bildungsträger. In: Albrecht, Achim / Bade, Gesine / Eis, Andreas / Jakubczyk, Uwe / Overwien, Bernd (Hrsg.): Jetzt erst recht: Politische Bildung! Bestandsaufnahme und bildungspolitische Forderungen. Frankfurt a.M., S. 188-203

Wohnig, Alexander (2021): Zum Stellenwert der politischen Aktion in der politischen Bildung. In: Wohnig, Alexander (Hrsg.): Politische Bildung als politisches Engagement. Überzeugungen entwickeln – sich einmischen – Flagge zeigen. Frankfurt a.M., S. 152-165

Wylezol, Roland (2015): Diversity und Inklusion. Anspruch und Realität in einer Jugendbildungsstätte. In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. 46. Jg., H. 1, S. 22-26

Impressum

Transferstelle politische Bildung
c/o Transfer für Bildung e.V.
Rellinghauser Straße 181
45136 Essen

Telefon: 0201 85791454-0

E-Mail: info@transferfuerbildung.de
Internet: <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten/>
LinkedIn: <https://www.linkedin.com/company/transferfuerbildung>
Facebook: <https://www.facebook.com/transferfuerbildung>
YouTube: <https://www.youtube.com/@TransferfuerBildung>

Das Papier ist im Rahmen des Projekts „Vielfalt gestalten: Fachforen politische Bildung und Demokratieförderung“ der Transferstelle politische Bildung / Transfer für Bildung e.V. entstanden.

Hrsg.: Transfer für Bildung e.V.
Essen, 2025

Ein Projekt von:

